



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 16. Januar 2013

Aus Berlin

Bundesregierung hält Zuzahlungen für zumutbar

Die Bundesregierung hat die Forderung der Fraktion Die Linke abgelehnt, Zuzahlungen für Arzneimittel und medizinische Leistungen für gesetzlich Krankenversicherte abzuschaffen. Die Zuzahlungen trügen dazu bei, die Eigenverantwortung der Versicherten zu stärken und das Bewusstsein für die Kosten der medizinischen Versorgung zu schärfen, hieß es in ihrer Antwort. ([Heute im Bundestag, 9. Januar](#); [Deutsches Ärzteblatt online, 10. Januar](#))

Koalition will gegen Volkskrankheiten vorgehen

Die Regierungskoalition plant in ihrer Präventionsstrategie, 200 Millionen Euro mehr zur Vorbeugung von Volkskrankheiten wie Rückenleiden, Bluthochdruck oder Diabetes auszugeben. Ziel sei es, Vorsorge auch Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen, die nur selten davon Gebrauch machen – etwa Jugendliche mit Migrationshintergrund und Menschen mit niedrigem Bildungsstand, heißt es im Gesetzentwurf. Trotz der geplanten Mehrausgaben ist sich Maria Klein-Schmeink, Sprecherin für Prävention und Patientenrechte von Bündnis 90/Die Grünen, sicher: „Wo Gesundheitsförderung und Prävention am dringendsten gebraucht werden, wird weiterhin nicht genug ankommen. Es fehlt eine Strategie für sozial Benachteiligte.“ Der Paritätische Gesamtverband sieht das ähnlich und warnt vor einer „wachsenden sozialen Kluft“. Er kritisiert das Vorhaben der Regierung als „substanzlose Symbolpolitik“ und fordert neben einem Präventionsgesetz mehr zielgruppenspezifische Strategien. ([Deutsches Ärzteblatt online, 14. Januar \(1\)](#) und [14. Januar \(2\)](#); [Gesundheit Adhoc, 14. Januar](#))

Nationaler Krebsplan: Arbeit an einheitlicher Tumordokumentation beginnt

Alle wichtigen Akteure im Bereich der Krebsversorgung, darunter auch die KBV, haben erklärt, gemeinsam an einer datensparsamen einheitlichen Tumordokumentation mitzuarbeiten. Eine entsprechende Absichtserklärung unterzeichnete Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP). Die Dokumentation ist ein wichtiges Ziel des Nationalen Krebsplans. ([Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 10. Januar](#))

Aus KBV und KVen

Sicherstellungsauftrag: KBV präsentiert Ergebnisse der Befragung am 18. Januar

Am 18. Januar stellt die KBV die Auswertung der [Befragung zum Sicherstellungsauftrag](#) vor. Dafür hat das Meinungsforschungsinstitut infas im Auftrag der KBV alle 150.000 Vertragsärzte und Vertragspsychotherapeuten in Deutschland angeschrieben und nach ihrer Meinung gefragt: Ob und unter welchen Bedingungen können sie die ambulante Versorgung künftig sichern? Bis zum Teilnahmeschluss Ende 2012 erfolgten zahlreiche Rückmeldungen. Ein [vorläufiges Ergebnis](#) vom

7. Dezember lautet: 70 Prozent wollen den Sicherstellungsauftrag unter anderen Rahmenbedingungen erfüllen. Am wichtigsten sind ihnen feste, kostendeckende Preise sowie diagnostische und therapeutische Freiheit.

KBV unterstützt Anti-Missbrauchs-Kampagne

Der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, hat eine neue Kampagne zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt ins Leben gerufen: „Kein Raum für Missbrauch“ (www.kein-raum-fuer-missbrauch.de). Die KBV unterstütze die Kampagne, indem Ärzte und Psychotherapeuten unter anderem in ihren Praxen mit Informationsmaterialien auf das Thema aufmerksam machen, um auch Eltern und eine breite Öffentlichkeit zu erreichen und zu sensibilisieren, sagte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler. ([Pressemitteilung des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, 10. Januar](#); [Statement der KBV, 10. Januar](#))

Aus den Verbänden

Bundesärztekammer fordert Ermittlungskompetenzen

In der Diskussion um Korruption bei niedergelassenen Ärzten hat der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Prof. Frank Ulrich Montgomery, gefordert, die Ermittlungskompetenzen der Ärztekammern zu stärken und den Strafrahmen im Berufsrecht zu verbessern. Zum Beispiel sollten Geldstrafen erhöht werden und die Ärztekammern dazu ermächtigt werden, Praxisräume zu durchsuchen und Akten zu beschlagnahmen. Montgomery schlug eine engere Zusammenarbeit von Ärztekammern und Staatsanwaltschaft vor. Einen extra Paragraphen für Ärzte im Strafgesetzbuch wie ihn die Politik erwägt, lehnte er ab. Nicht jedoch eine allgemeine gesetzliche Regelung für alle Freiberufler. Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Baden-Württemberg, Dr. Norbert Metke, kritisierte die aktuelle Korruptions-Debatte: „Wer behauptet, die Organisationen der Ärzteschaft würden dieses Thema nicht entschieden angehen, weiß nicht, wovon er spricht. Die KVen haben erst vor wenigen Wochen einen [Katalog](#) mit Regelungen für die Ärzte veröffentlicht, in denen die erlaubten Kooperationsformen aufgelistet sind.“ ([Pressemitteilung der BÄK, 12. Januar](#); [Deutsches Ärzteblatt, 12. Januar](#); [Der Spiegel online, 13. Januar](#); [Ärzte Zeitung, 14. Januar](#); [Pressemitteilung der KV Baden-Württemberg, 14. Januar](#))

Krankenkassen wollen Beitrag wieder selbst festlegen

Der Vorsitzende des Verbandes der Ersatzkassen (vdek), Christian Zahn, hat sich dafür ausgesprochen, dass jede Ersatzkasse ihren Beitrag wieder individuell festlegt. Dadurch erwarte er unter anderem mehr finanziellen Gestaltungsspielraum sowie einen Wegfall der Zusatzbeiträge. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hamburg begrüßte den Vorschlag des vdek. ([Pressemitteilung des vdek, 16. Januar](#); [Pressemitteilung der KV Hamburg, 16. Januar](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 18

Über 18 Krankenkassen mit mindestens 10 Bewertungen sind im Ranking des [Krankenkassen-Navigators](#) freigeschaltet. Die meisten Bewertungen erhielt die Barmer GEK (100). An zweiter Stelle folgt mit 83 Bewertungen die Techniker Krankenkasse.

Aus der Presse

Das leistet die reformierte Bedarfsplanungsrichtlinie

In einem Hintergrundartikel berichtet das Deutsche Ärzteblatt über die neue Bedarfsplanungsrichtlinie, die am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist. In Kurzinterviews erklärt der Vorstand der KBV die wichtigsten Änderungen. Einige Punkte seien auch noch offen, sagte Dr. Andreas Köhler: „Die Regelungen zum Sonderbedarf, die bislang im Bundesgebiet lokal unterschiedlich gehandhabt wurden, sollen nach dem Willen des Gesetzgebers noch vereinheitlicht werden. Im ersten Halbjahr 2013 muss zudem noch eine Definition für den zusätzlichen lokalen Versorgungsbedarf gefunden werden.“ Durch kleinere Planungseinheiten würde in Zukunft deutlicher, wo die Hausärztdichte noch ausreichend sei und wo schon nicht mehr, erklärte Dipl.-Med. Regina Feldmann die Vorteile der neuen Bedarfsplanung für Hausärzte: „Es wird daher besser als bisher möglich sein, Ressourcen dorthin zu lenken, wo die hausärztliche Versorgung zusätzliche Investitionen erfordert.“ ([Deutsches Ärzteblatt, 18. Januar](#))

Aus dem Terminkalender

- | | |
|------------|---|
| 21.01.2013 | Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa
Berlin, 18.15 - 19.45 Uhr |
| 23.01.2013 | Sonder-Vertreterversammlung der KV Hessen
Frankfurt, 16 Uhr |
| 31.01.2013 | Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr |
| 06.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart, 14 Uhr |
| 06.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Saarland
Saarbrücken, 16 Uhr |
| 13.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Nordrhein
Düsseldorf, 15 Uhr |
| 13.02.2013 | Abgeordnetenversammlung der KV Schleswig-Holstein
Bad Segeberg, 15.30 Uhr |
| 14.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |
| 16.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Niedersachsen
Hannover, 9.30 Uhr |
| 16.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe
Dortmund, 10 Uhr |
| 23.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Hessen
Frankfurt, 10 Uhr |
| 27.02.2013 | Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz
Mainz, 15.30 Uhr |

- 27.02.2013 Vertreterversammlung der KV Thüringen
Weimar, 14 Uhr
- 15.03.2012- 9. Mitteldeutsche Fortbildungstage
16.03.2012 Halle/Saale, 9 Uhr
- 16.04.2013 - KBV Messe Versorgungsinnovation 2013
17.04.2013 Berlin

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV
Tel: 030 4005-2202
Fax: 030 4005-2290
E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>